



Pressemitteilung

Berlin, 05.03.2018

Neue GroKo hat keinen Plan für Auszubildende mit Benachteiligung

Nach dem Mitgliedervotum der SPD ist der Weg frei für den im Februar ausgehandelten Koalitionsvertrag von Union und SPD. Dieser sieht aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke (BAG BBW) jedoch keine substantziellen Verbesserungen für die Zielgruppe der Jugendlichen mit mehrfachen Beeinträchtigungen vor.

„Die gute Nachricht ist, dass die Regierung steht und die Arbeit beginnt. Die schlechte ist, dass die alte und neue Regierung die Jugendlichen, die aufgrund ihrer umfassenden Beeinträchtigungen keine Ausbildung im Betrieb schaffen, vergessen hat“, sagte Michael Breitsameter, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke (BAG BBW). Das treffe vor allem diejenigen, die keinen Reha-Status haben. „Dazu zählen vor allem Jugendliche mit psychischen Erkrankungen sowie Suchterkrankungen. Ihnen bleibt der Weg in ein Berufsbildungswerk weiterhin versperrt, obwohl sie dort die idealen Bedingungen vorfinden, um sich persönlich zu stabilisieren, den Einstieg ins Berufsleben zu meistern und sich dort nachhaltig zu behaupten. Diese Chancen darf Politik nicht länger verhindern. Wir brauchen für diese jungen Menschen eine neue gesetzliche Regelung“, forderte Breitsameter.

Der Vorschlag für ein „Budget für Ausbildung“ klinge gut, lasse aber bislang ein Konzept vermissen. „Wir haben bereits umfangreiche und erfolgreiche Instrumente zur Förderung der beruflichen Bildung von Menschen mit Behinderungen. Diese sollte die Bundesregierung für weitere Zielgruppen öffnen und so neue berufliche Chancen ermöglichen, anstatt neue Versprechen zu machen“, so der Vorsitzende der BAG BBW.

Herausgeber

Bundesarbeitsgemeinschaft
der Berufsbildungswerke e.V.

Ansprechpartnerin

Tanja Ergin
Oranienburger Straße 13/14
D 10178 Berlin

T 030 2639 8099-0
presse@bagbbw.de
www.bagbbw.de